

# »Vorsorglich Flagge zeigen«

380-kv-Leitung: Niedersachsen ordnet Raumordnungsverfahren an – Piomer prangern ungleiches Vorgehen an

■ Von Lissi Walkusch

Borgholzhausen (WB). Wird die Trasse für die 380-kv-Leitung doch noch deutlich verschwenkt? Zumindest in Niedersachsen haben Betroffene gute Chancen darauf. Hier wurde nämlich ein Raumordnungsverfahren eingeleitet – das in Borgholzhausen für viel Wirbel sorgt und auch Inhalt eines Briefes an die Bezirksregierung ist.

Borgholzhausener könnten sich ungerecht behandelt fühlen, wenn sie derzeit einen Blick über die Landesgrenze werfen: In Niedersachsen ist für den Abschnitt der geplanten 380-kv-Leitung zwischen Osnabrück-Lüstringen und Borgholzhausener Grenze ein Raumordnungsverfahren angeordnet worden, denn dort wird teilweise der festgelegte Mindestabstand von 400 Metern zu Wohnhäusern unterschritten. Dabei können die betroffenen Bürger einmal mehr ihre Bedenken äußern, die auch einen weitreichenden Verschwenk der Trasse zur Folge haben können.

Auch die Stadtverwaltung Borgholzhausen hatte sich für ein Raumordnungsverfahren bei der zuständigen Bezirksregierung in Detmold stark gemacht und gleichzeitig eine Erdverkabelung gefordert – in beiden Fällen ohne Erfolg. »Man fragt sich natürlich schon, warum das Verfahren in Niedersachsen beschlossen wurde und hier nicht«, sagt Bauamtsleiterin Kerstin Otte. Die Bezirksregierung hatte ihren Beschluss im Februar vergangenen Jahres damit begründet, dass es keine mögliche Alternative für den bisherige Trassenkorridor gebe und daher auf ein Raumordnungsverfahren verzichtet werde. »Es ist nicht möglich, so ein Verfahren im Nachhinein noch einmal anzuordnen«, sagt Kerstin Otte.

## Ungleiche Behandlung

Deshalb wird der Blick auf das kommende Planfeststellungsver-



Mit einem Brief wollen Bauamtsleiterin Kerstin Otte und der allgemeine Stellvertreter des Bürgermeisters, Eckhard Strob, die Bezirksregierung in

fahren gerichtet, das Amprion noch in diesem Jahr in Detmold für den nordrhein-westfälischen Abschnitt beantragen möchte. Der große Unterschied zum Raumordnungsverfahren: Beim Planungs-feststellungsverfahren wird die Öffentlichkeit nicht mehr beteiligt und nur noch unmittelbar Betroffene können sich zu den Plänen des Netzbetreibers Amprion äußern. Doch nicht nur das ärgert die Borgholzhausener. Denn in NRW ist man mit der gesamten Planung schon ein paar Schritte voraus. »Es kann ja theoretisch noch passieren, dass es in Niedersachsen eine Erdverkabelung gibt. Dann wäre bei uns der Bau der Höchstspannungsleitung aber

schon beschlossen«, so die Bauamtsleiterin. Amprion hält weiterhin daran fest, in diesem Jahr das Planungsfeststellungsverfahren zu beantragen, obwohl es bei der gleichen Leitung im Nachbarland noch zu Änderungen der Trasse kommen könnte. Das teilte das Unternehmen auf Anfrage von Kerstin Otte mit. »Amprion hat ja auch den Zeitdruck im Nacken. Die wollen sich dadurch nicht aufhalten lassen«, sagt Kerstin Otte. »Für uns ist das eine bittere Pille«, meint Verwaltungsvize Eckhard Strob. »Für die Bürger ist das schlecht nachvollziehbar, warum das gleiche Projekt in zwei Ländern so unterschiedlich gehandhabt wird.«

Detmold dazu bewegen, das Planungsfeststellungsverfahren für die Höchstspannungsleitung noch nicht einzuleiten. Foto: Walkusch

## Ein Brief an Detmold

Deshalb hat sich die Stadtverwaltung dazu entschieden, einen Brief an die Bezirksregierung in Detmold zu schreiben. »Uns stellt sich einfach die Frage, ob die Einleitung des Planungsfeststellungsverfahrens jetzt sinnvoll ist, wenn in Niedersachsen wieder alle Möglichkeiten offen sind. Mögliche Trassenänderungen betreffen uns ja genauso«, sagt Kerstin Otte. »Ich bin jetzt schon sehr gespannt auf die Antwort.«

Die ungleiche Behandlung kann man sich in der Piomer Stadtverwaltung aber auch erklären. In Niedersachsen gebe es einfach mehr Initiativen, die gegen die

Höchstspannungsleitungen vorgehen und zahlreiche Anhänger haben. In Nordrhein-Westfalen seien Borgholzhausener hingegen Einzelkämpfer, auch wenn die Bürgerinitiative an allen Ecken mobilisieren möchte.

»Im Idealfall wird durch die neuen Entwicklungen in Niedersachsen das Planungsfeststellungsverfahren hier noch nicht eingeleitet. Das ist unser Ziel mit dem Brief«, sagt Kerstin Otte. »Wir wollen vorsorglich Flagge zeigen«, sagt Eckhard Strob. Schließlich wollten Politiker aller Fraktionen sowie viele Bürger nach wie vor die Erdverkabelung – auch ein erklärtes Ziel der Landesregierung in Niedersachsen.